



26. Januar 2017

Unsere Leitkultur ist der Rechtsstaat

Grusswort Sozialversicherungsgericht

Guten Abend, geschätzte Damen und Herren

Geschätzter Robert Hurst (Präsident)

Geschätzte Richterinnen und Richter,

Geschätzter Herr Kantonsratspräsident

Geschätzte Mitarbeitende

Sehr geehrtes Team des Zürcher Sozialversicherungsgerichts

Ich freue mich, Sie hier als Vorsteherin der Direktion der Justiz und des Innern so zahlreich begrüßen zu dürfen. Als Zürcher Kirchenministerin freue ich mich darüber, dass die Veranstalter die Kirche Enge als Ort dieser Vernissage gewählt haben. Mir fällt die Ehre dieser Ansprache heute jedoch nicht als Kirchenministerin zu, sondern weil die Zürcher Kunstdenkmäler-Inventarisierung seit über 20 Jahren zur Direktion der Justiz und des Innern gehört. Zunächst war sie bei der Abteilung Kulturförderung angesiedelt, der heutigen Fachstelle Kultur, und nun seit langen Jahren beim Staatsarchiv. Mit dem sechsten Band der Kunstdenkmäler der Stadt Zürich, dessen Erscheinen wir heute feiern können, erreicht ein grosses Werk, die Neubearbeitung der Kunstdenkmäler der Stadt Zürich, seinen Abschluss.

Mit Ihnen und mir ist das so eine Sache. Ich nenne mich Justizministerin, und wenn Sie das hören, denken Sie vielleicht, die nimmt den Mund etwas gar voll. Sie haben damit durchaus recht. Denn zumindest in dem Bereich, den man auf der Strasse als «die Justiz» bezeichnen würde, habe ich nichts zu sagen.

Gleichwohl hat der Begriff Justiz auf meiner Visitenkarte seine Berechtigung, denn da sind ja noch Bereiche wie der Justizvollzug und die Strafverfolgung. Wobei sich die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zurecht auch wieder gewisse Distanz zu mir herausnehmen würden, denn bei deren Verfahren habe ich selbstverständlich auch nichts mitzureden.

Ich ver falle jetzt hier dennoch nicht in eine Sinnkrise, aber man muss eigentlich zu Filzstift und Flipchart greifen, um die Zürcher Verhältnisse im Bereich Strafverfolgung, Gerichte und Vollzug einigermaßen zu umreissen. Zur Strafverfolgung gehört schliesslich auch die Polizei, und da redet zwar jemand mit dem Namen Fehr mit, aber das bin nicht ich, obwohl man das natürlich vermuten könnte. Das macht das Ganze nicht einfacher. Und ich gebe zu bedenken: Fehr und Fehr, das kann durchaus zweierlei sein!



Sie sehen, die Verhältnisse sind verworren, aber ich denke nicht, dass Sie heute von mir eine Lektion in Staatskunde hören wollen. Obwohl, und jetzt meine ich es ernster als bisher: Was aktuell auf der Welt passiert, muss uns überaus hellhörig machen: Wenn wir nach Ungarn schauen, nach Polen oder in die Türkei, dann erleben wir mit, wie vermeintlich unverrückbare Werte wie Gewaltenteilung, Verfahrensrechte, Verhältnismässigkeit und Unschuldsvermutung unvermittelt ins Wanken kommen - und sogar stürzen. Das ist dramatisch und zerstört zivilisatorische Errungenschaften von Generationen. Heute ist deshalb eine Rückbesinnung auf Staatskunde und Staatsrecht für alle aufgeschlossenen Menschen ein Muss. Nur wer sich bewusst ist, wer warum welche Rolle im Staat hat und warum zwischen der Justizdirektorin und dem Sozialversicherungsgericht eine dicke Linie gezogen ist, nur wer das versteht, kann auch mit Überzeugung für unseren Rechtsstaat mit den verschiedenen Gewalten eintreten.

Ja, der Rechtsstaat, meine Damen und Herren. Der demokratische, liberale, soziale Rechtsstaat. Er kämpft über Jahrhunderte, erkämpft gegen die Feudalherrschaft und Kirchenmacht. Er kämpft von Bürgern und auch von Bürgerinnen, auch wenn die damals noch nicht so hiessen. Er ist das Bollwerk gegen Willkür und Diktatur. Er ist der Garant für Sicherheit und Berechenbarkeit. Und er ist die Voraussetzung für eine freie und gedeihende Wirtschaft in einer Gesellschaft, in der alle Menschen gleich sind. Der Rechtsstaat, meine Damen und Herren, ist unsere eigentliche Leitkultur. Für ihn müssen wir kämpfen, ihn müssen wir verteidigen, ihn weiter stärken. Gemeinsam und kompromisslos.

Damit bin ich zentral bei Ihnen. Mit Ihrer Arbeit als Richterinnen und Richter, für Ihre Aufgaben an einem Gericht stehen Sie sozusagen im Auge des Hurrikans. Natürlich ist bei uns die Unabhängigkeit der Gerichte nicht grundlegend in Frage gestellt. Aber es gab Zeiten, da wäre man der Behauptung, dass das Volk immer recht habe, skeptischer begegnet als heute. Und wenn man wie bereits erwähnt nach Ungarn, Polen oder in die Türkei schaut, sehen wir, wie rasend schnell es gehen kann. Deshalb: Rechtsordnung vor Bauchgefühl, Rechtsstaat als begrenzender Rahmen der Demokratie - diese Ordnung müssen wir verteidigen.

«Man sollte etwas tun!» Diesen Forderungen können wir ja oft zustimmen. Jawoll, man muss etwas tun, wobei «man» in der Regel die anderen sind. Das kommt nicht gut. «Man», das sind in diesem Fall Sie und ich, die wir in diesem Geflecht von Staat und Gesellschaft Verantwortung übernommen haben. Ich muss mich für den Rechtsstaat einsetzen, indem ich mich für hohe Qualität der Arbeit aller Organe einsetze, die diesen Rechtsstaat ausmachen. Das beginnt bei unseren Rekursentscheiden im Generalsekretariat, geht über die Statthalter und die Bezirksräte, die in KESB-Angelegenheiten urteilen. Und es findet seine Fortsetzung im konkreten Handeln in rechtsstaatlich hochsensiblen Bereichen wie der Strafverfolgung oder dem Vollzug.

Sie stehen auch in der Pflicht. Sie kommen dieser erstens wohl am besten nach mit souveräner Arbeit, die einleuchtet und nicht in Zweifel gezogen werden kann. Und das gelingt zweitens, indem Sie der Gesellschaft erklären, was Sie tun.

Sie mögen dieses Gerede über die Gerichts-Kommunikation für einen Hype halten und ich weiss ja auch nicht im Detail, wie Sie kommunizieren - wie gut Sie sich gegenüber Betroffenen und Anwälten, gegenüber Angehörigen und den Versicherern erklären.

Aber ich kann Ihnen von meiner eigenen Erfahrung berichten. Aktive Kommunikation - früh, klar, breit, offen - lohnt sich. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Wenn es uns gelingt, unsere Arbeit nachvollziehbar darzustellen, schaffen wir Vertrauen. Und dieses ist ein wichtiges Kapital - gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch gegenüber der Politik.



Damit komme ich zum letzten Punkt, den ich unbedingt ansprechen will: LÜ16, den Kantonsrat, die Budgetdebatte und die Gerichte: Die Gerichte, namentlich das Sozialversicherungsgericht wurden darin hart angepackt. Ich habe das natürlich mitbekommen und zum Teil auch selber miterlebt. Sie Herr Hurst, haben sich schriftlich und mündlich ins Zeug gelegt. Und doch bleibt Ihnen ein happiger Aderlass in der Höhe von 1,5 Millionen Franken pro Jahr, was mehr als 10 Prozent Ihres Budgets ausmacht. Das ist hart und so wohl kaum zu machen.

Sie können es sich vorstellen: Es ist für mich mit Blick auf das Kollegialsystem nicht einfach, über die Budget- und Sparpolitik im Kanton Zürich zu reden. Ich schweife darum etwas ab und frage Sie: Haben Sie schon von Grover Norquist gehört? Er ist der Chef der einflussreichen Organisation «Americans for tax reform». Wer als bürgerlicher Politiker in den USA in ein gewichtiges Amt gewählt werden will, der kommt praktisch nicht darum herum, vor laufenden Kameras eine Erklärung von Norquists Organisation zu unterschreiben. Mit ihrer Unterschrift verpflichten sich die Politiker, nie, nie und noch einmal nie einer Steuererhöhung zuzustimmen. Abgesehen davon, dass ich es als denkende Politikerin für komplett falsch halte, sich einen Lösungsweg von vorneherein zu verbauen, scheint sich da eine Art neue Religion breit zu machen. Norquist gilt in den USA als Hexenmeister des Anti-Steuer-Kults.

Grad so weit sind wir ja in der Schweiz und im Kanton Zürich nicht. Gleichwohl bekomme ich als Beobachterin manchmal schon den Eindruck, als hätten manche Politiker ihr Evangelium im gleichbleibenden oder besser noch sinkenden Steuerfuss entdeckt. Ich meine, man läuft mit dieser Haltung Gefahr, sich an den weltlichen Realitäten vorbei zu entwickeln.

Ich sehe in der gegenwärtigen Diskussion um die Mittel für das Sozialversicherungsgericht zwei Probleme: Respektlosigkeit und Unwissen. Ihnen wurden in der Diskussion «unglaubliche Falschaussagen» vorgeworfen. Das ist respektlos und vergiftet die demokratische Auseinandersetzung. Aber auch das Unwissen über Ihre Arbeit war erheblich. Leider ist es so, dass viele von denen, die Ihr Budget festlegen, nicht wissen, wie viele Betroffene, wie die ganze Gesellschaft von ihrer Arbeit profitieren. Steuerfuss- und Spar-Fetischismus können zur Ignoranz gegenüber Menschen und Organisationen führen, die gut, hart, zäh und nach bestem Wissen und Gewissen arbeiten, ja, die «chrampfen» und der Gesellschaft wertvolle Dienste erbringen.

Diesem Unwissen können Sie mit aktiver Kommunikation begegnen. Der Respektlosigkeit müssen wir uns gemeinsam entgegenstellen. Immer und immer wieder.

Mir ist kürzlich ein Beispiel eines zehnjährigen Mädchens zu Ohren gekommen, das mit dem Velo verunfallt ist. Die Versicherungen drückten durch, dass sie nur 60 Prozent und die Eltern 40 Prozent des Schadens bezahlen müssen. Denn das Mädchen sei sozusagen selber schuld. Ich kenne da die Rechtslage nicht näher. Ich weiss nur, dass das Strafrecht mit unserem Nachwuchs pfleglicher umgeht. Wer mit 17 ein Tötungsdelikt begeht, kann auf gewisse Nachsicht, beziehungsweise Erziehung und Hilfe zählen. Da scheint mir die Härte gegenüber dem zehnjährigen Mädchen doch erstaunlich.

Was ich mit diesem Beispiel sagen will: Mir ist klar, dass Sie alle in Ihrer täglichen Arbeit sensibelste Entscheide zu treffen haben. Das braucht viel Wissen, Umsicht und Herz. Ich selber habe Menschen gegenüber, die sich solchen Fragen stellen, höchsten Respekt.

In diesem Sinn danke ich Ihnen sehr herzlich für Ihre Tätigkeit und Ihren Einsatz und hoffe mit Ihnen auf eine unbeschwertere budgetpolitische Zukunft.